



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 9 - V - 6 6 - 0 1 0 3  
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff: Dezernat(e) V/66

Zusätzlicher Personalbedarf bei V/66 zur operativen Umsetzung der Maßnahmen nach dem Masterplan Green City, des Luftreinhalteplans des Landes Hessen und sonstiger Großprojekte  
 Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

## Bestätigung Dezernent

Andreas Kowol  
 Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

\_\_\_\_\_  
 Imholz  
 Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf: Stand Dezember 2018

abs.: -2.326.741,23 €  
 in %: -6,5

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2020	PK 1 VZÄ EG 13 TVöD, 7-12/19	45.614,00	45.614,00		1300036	630098	Personalaufwendung D-Plan
	x	2020	PK 2 VZÄ EG 9b TVöD, 7-12/19	68.299,00	68.299,00		1300036	630098	Personalaufwendung D-Plan
	x	2020	PK 1 VZÄ A11, 7-12/19	43.839,00	43.839,00		1100031	630098	Personalaufwendung D-Plan
	x	2020	3x Sachkosten Büroarbeitsplatz 7-12/19	14.550,00	14.550,00		1100031	606350	Büroausstattung GWG
	x	ab 2021	PK 1 VZÄ EG 13 TVöD	93.053,00	93.053,00		1300036	630098	Personalaufwendung D-Plan
	x	ab 2021	PK 2 VZÄ EG 9b TVöD	139.330,00	139.330,00		1300036	630098	Personalaufwendung D-Plan
	x	ab 2021	PK 1 VZÄ A11	89.430,00	89.430,00		1100031	630098	Personalaufwendung D-Plan
	x	ab 2021	3x Sachkosten Büroarbeitsplatz	29.100,00	29.100,00		1100031	606350	Büroausstattung GWG
<b>Summe einmalige Kosten:</b>				<b>523.216,00</b>	<b>523.216,00</b>				

<b>Summe Folgekosten:</b>									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Zusätzlicher Personalbedarf bei V/66 zur operativen Umsetzung der Maßnahmen nach dem Masterplan Green City bzw. des Luftreinhalteplans des Landes Hessen sowie weiterer beschlossener neuer Aufgaben in der Begleitung von Großprojekten (z. B. CityBahn).

### Anlagen:

- Stellenbeschreibung Verkehrsingenieur
- Stellenbeschreibung Sachgebietsleiter
- Stellenbeschreibung Techniker

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass bei V/66 in der Abteilung 6601 Verwaltung und im Sachgebiet 660210 Verkehrs- und Straßenplanung ein zusätzlicher und unbefristeter Personalbedarf von 4 Vollzeitäquivalent (VZÄ) besteht.
2. Aus diesem Grund wird beschlossen, dass bei V/66 zum Stellenplan 2020/2021 vier Vollzeitäquivalente (1 VZÄ EG 13 TVÖD, 1 VZÄ A11 und 2 VZÄe EG 09 b TVöD) zugesetzt werden.
3. Durch die personellen Veränderungen entstehen Personal- und Arbeitsplatzkosten für 2020 in Höhe von 172.302 Euro und ab 2021 in Höhe von jährlich 350.913 Euro (Gesamtkosten für die Haushaltsjahre 2020/2021 523.216 EURO) zzgl. Tarif- und Besoldungserhöhungen. Die erforderlichen Mittel werden von V/66 auf den personalführenden Kostenstellen 1100031 und 1300036 als weiteren Bedarf zum Haushalt 2020/2021 angemeldet.
4. Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018, ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals des Dezernats V um 4 VZÄ zu erhöhen.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Das Tiefbau- und Vermessungsamt ist für die Planung, Bau und Unterhaltung des Straßen- und Wegenetzes der Landeshauptstadt Wiesbaden verantwortlich.

In den zurückliegenden Monaten haben die politischen Gremien der Landeshauptstadt Wiesbaden in verschiedenen Beschlüssen zusätzliche Arbeitsaufträge über das Dezernat für Umwelt, Grünflächen und Verkehr an das Tiefbau- und Vermessungsamt erteilt, die das bisher übliche Maß und damit auch die vorhandenen Personalressourcen deutlich übersteigen.

Ein erheblicher Teil dieser Dynamik ist dem drohenden Dieselfahrverbot geschuldet, dass durch den umfangreichen Luftreinhalteplan des Landes Hessen in Verbindung mit dem Masterplan Green City (Wi-Connect) vorerst abgewendet werden konnte - der allerdings eine Vielzahl an Maßnahmen zur Umsetzung durch die Stadt Wiesbaden festgeschrieben hat.

Um das politische Ziel von 1.200 neuen Wohneinheiten pro Jahr gerecht zu werden, werden derzeit zahlreiche neue Bau- und Nachverdichtungsgebiete geplant. Schlüssige Verkehrskonzepte, die die zusätzliche Verkehrsbelastung für die Anwohner minimieren, sind dabei auch bei der Umsetzung der Ziele des Luftreinhalteplans von Anfang an zu berücksichtigen.

Das Tiefbau- und Vermessungsamt soll auf operativer Ebene als neue Aufgabe diese Verkehrskonzepte für alle Dezernate erstellen, ohne dass das entsprechende Personal vorhanden ist. Neben den beiden Großprojekten Schelmengraben und Ostfeld sind zahlreiche weitere Projekte, wie z. B. in Dotzheim und Kastel geplant.

Das Stadtentwicklungskonzept Wiesbaden 2030+ (StVV-Beschluss-Nr. 143 vom 03.05.2018) nennt weitere großflächige Impulsräume, die geprüft und ggf. in Form von teilräumlichen Entwicklungskonzepten konkretisiert werden sollen. Nur mit frühzeitiger und ausreichender verkehrsplanerischer Begleitung seitens der Stadt Wiesbaden kann gesichert werden, dass sich trotz des Bevölkerungszuwachses die Verkehrsqualität noch aufrechterhalten lässt. Dies betrifft auch die kontinuierliche Begleitung der von ESWE-Verkehr beauftragten umfangreichen Planungen zum Bau der CityBahn.

Immer mehr Ortsbeiräte beauftragen V/66, auch für Bestandsquartiere lokale Verkehrskonzepte für Stadtteile, -bezirke oder Straßenzüge zu erarbeiten; alleine seit Jahresbeginn 2019 sind Aufträge für Biebrich, Schierstein und den Bereich Brunhildenstraße eingegangen, die auf operativer Ebene zu bearbeiten sind. Auch dies ist eine neue Aufgabe für V/66, die bislang in dieser Art und Weise noch nicht durchgeführt wurde.

Im Einzelnen sind folgende neue Aufgaben zu bearbeiten, die den nachfolgenden Stundenaufwand beinhalten:

Tabelle 1 Fehler! Keine gültige Verknüpfung.

Zusammenführung der neuen Aufgaben aus dem Sofortpaket Luftreinhalteplan (gemäß Beschluss vom 06.09.2019/18-V-36-0021) und Luftreinhalteplan (2. Fortschreibung Teilplan Wiesbaden, Februar 2019) sowie weiterer Maßnahmen					
Maßnahmentitel	Geschätzter Aufwand pro Jahr auf Dauer	Aufgabe Verkehrsplaner 1 VZÄ	Aufgabe Verkehrs-techniker 2 VZÄ	Aufgabe Verwaltung 1 VZÄ	Dauer-aufgabe
<b>0 Verkehrsentwicklungsplanung LHW (allgemeine Maßnahmen zum Luftreinhalteplan)</b> Verkehrsentwicklungsplan (VEP) / Stärkung des Umweltverbundes bis 2020 Umsetzung der 1. Stufe Modal Shift durch Erhöhung der Verkehrsanteile des Umweltverbundes: - Steigerung Radverkehrsanteil von 5,7 % auf 10,4 % - Steigerung ÖPNV von 15,7 % auf 17,6 % - Fußverkehrsanteil 30,7 % bleibt konstant, - dadurch Reduktion des MIV von 47,9 % auf 41,3 % (Abnahme Motorisierten Individualverkehr (MIV) um ca. 6,6 Prozentpunkte).	1300 Stunden	300 Stunden	850 Stunden	150 Stunden	Ja
<b>1 Elektrifizierung</b> Erhöhung des Anteils elektrischer Antriebe im Motorisierten Individualverkehr (MIV). Bei sich weiter verstärkender Nachfrage nach Hybrid- und E-Fahrzeugen kann in einem Pro-Szenario von einem E-Pkw-Anteil von 1 % bis 2019 und 2 % bis 2020 ausgegangen werden. Die LHW möchte den Trend durch mehrere Einzelmaßnahmen stärken. Dies betrifft alle Maßnahmen, die Elektrifizierung des Individualverkehrs betreffen: Von Elektrifizierung des städtischen Fuhrparks, verkehrsplanerische Umgestaltung von Parkzonen, Schaffung einer Ladeinfrastruktur bis hin zu verkehrsplanerischen Eingriffen zur Bevorzugung der Elektromobilität.	1500 Stunden	300 Stunden	550 Stunden	650 Stunden	Ja
<b>2 Verkehrslenkung und -verlagerung</b> Verlagerung von MIV von hochbelasteten auf weniger belastete Strecken. Mögliche Maßnahmen: Reduktion von Fahrstreifen auf mehrspurigen Straßen als Vorbereitung für die Veränderung der Lichtsignalsteuerung. Busbeschleunigungs-Offensive (zuerst für 12 Straßen danach soll dies auf alle möglichen Straßen der Gesamtstadt ausgedehnt werden). Maßnahmenbeitrag zur Erhöhung des Modal Split-Anteils des ÖPNV durch dessen Attraktivierung. Begleitung und Zuarbeit zum Parkraummanagementkonzept (ESWE Verkehr).	1500 Stunden	300 Stunden	850 Stunden	350 Stunden	Ja

<b>3 CityBahn</b> konzeptionelle und methodische Unterstützung und Zuarbeit für die Erstellung der Verkehrsgutachten und der Entwurfsplanungen. Verkehrsplanerische Vorarbeit für weitere Trassenplanungen im Stadtgebiet über das aktuelle Projekt hinaus.	500 Stunden	150 Stunden	300 Stunden	50 Stunden	Ja
<b>4 Förderung Intermodalität im Zusammenhang mit ÖPNV-Ausbau</b> Konzeption und Planung neuer Standorte für Park & Ride, Bike & Ride und neuer Verkehrsangebote.	500 Stunden	180 Stunden	250 Stunden	70 Stunden	Ja
<b>5 lokale Verkehrskonzepte für Stadtteile, -bezirke oder Straßenzüge</b> Erstellung und Umsetzung von lokalen Verkehrskonzepten nach Wünschen der OBR's	500 Stunden	150 Stunden	250 Stunden	100 Stunden	Ja
<b>6 Teilräumliche Entwicklungskonzepte im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Wiesbaden 2030+</b> verkehrsplanerische Begleitung und Zuarbeit bei allen Siedlungsentwicklungsprojekten	332 Stunden	150 Stunden	20 Stunden	162 Stunden	Ja
	6132 Stunden	1530 Stunden	3070 Stunden	1532 Stunden	
	4 VZÄ	1,00 VZÄ	2,00 VZÄ	1,00 VZÄ	
	auf- oder abgerundet	<u>1,00 VZÄ</u>	<u>2,00 VZÄ</u>	<u>1,00 VZÄ</u>	

Diese zusätzlichen neuen Aufgaben können mit dem vorhandenen Personal nicht abgewickelt werden. Sofern hier nicht gegengesteuert wird, müssen wichtige Projekte der Landeshauptstadt entgegen der Beschlusslage verschoben oder ganz gestrichen werden. Dies würde zu einer Verschärfung der Verkehrsproblematik und zur Stagnation bei wichtigen Stadtentwicklungsvorhaben (z. B. Ostfeld, Schelmengraben, plus weitere Projekte aus dem Stadtentwicklungskonzept, sowie bei dem Projekt CityBahn) führen.

Sollten die Maßnahmen aus dem Luftreinhalteplan und dem Masterplan Green City nicht umgesetzt werden, droht eine erneute Klage auf Einführung eines Dieselfahrverbots in Wiesbaden.

Dabei handelt es sich um neue Aufgaben, die bislang nicht im Organisationsplan bei V/66 enthalten sind. Da es sich um Daueraufgaben handelt, besteht somit ein unbefristeter Personalbedarf bei V/66 von vier VZÄ, die sich wie folgt aufteilen:

Tabelle 2:

VZÄ	Organisation	notwendige Ausbildung	Bemerkung:
1 VZÄ EG 13 TVöD	660210	Verkehrsplaner (B.a. Bauingenieur)	
2 VZÄ EG 9b TVöD	660210	Verkehrstechniker	1 VZÄ soll auf vier Teilzeitkräfte aufgeteilt werden.
1 VZÄ EG 10 TVöD oder A11	660110	B.a. allgemeine Verwaltung oder Verwaltungsfachwirt	

Eine der o. g. Techniker-VZÄ bei 660210 soll dabei auf vier vorhandene Teilzeitstellen wie folgt aufgeteilt werden:

Tabelle 3:

660210 Aufstockung Arbeitsstunden							
Stelle-Nr.	EG	Anspruch auf Std.	aktuelle Std. pro Woche	VZÄ	angestrebte Stundenzahl	VZÄ	Differenz
11649	06	22	17	0,44	39	1,00	22
17003	10	34	30	0,77	39	1,00	9
11770	09a	30	35	0,90	39	1,00	4
üpl	09a	20,26	35	0,90	39	1,00	4
						Gesamt	39

Diese vier Stellen waren ursprünglich Vollzeitstellen. Aufgrund persönlicher Gründe der Stelleninhaberinnen wurden in der Vergangenheit zeitlich nicht befristete Anträge auf Arbeitszeitreduzierung gestellt, die tarifrechtlich zu einer dauerhaften Absenkung des Stundenniveaus geführt haben. Die Stelleninhaberinnen haben versucht, wieder Anträge auf dauerhafte Vollzeitbeschäftigungen zu stellen, die aus tarifrechtlichen Gründen in der Vergangenheit von der Dienststelle zurückgewiesen wurden.

Aus diesem Grund soll mit dieser Vorlage auch die Situation der vier betroffenen Mitarbeiterinnen (das Problem betrifft ausschließlich die weibliche Belegschaft) verbessert werden, und ihnen die Möglichkeit gegeben werden, eine dauerhafte Vollzeitbeschäftigung zurückzuerhalten. Dabei soll die langjährige ÜPL-Kraft (s. Tabelle 3) in eine Vollzeitstelle eingewiesen werden (ÜPL-Bereinigung).

Mit dem VZÄ A11, soll eine Sachgebietsleiterstelle im Sachgebiet 660110 - Personal und Organisation geschaffen werden. Hintergrund ist, dass der Abteilungsleiter 6601 - Verwaltung bislang in Personalunion das Sachgebiet 660110 mitgeführt hat. Da mit der Umgestaltung der Verkehrsinfrastruktur, bzw. bei Umsetzung der o. g. Aufgaben es auch zu erheblichen Bürgerbeschwerden, Widersprüchen und Klagen kommt, sollen diese Vorgänge über die Abteilung 6601 abgewickelt werden. Auch sollen mehrere Projekte, die im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Luftreinhalteplans stehen über 6601 bearbeitet werden. Um dies zu ermöglichen, sollen die Aufgaben Personal und Organisation einer neu geschaffenen Sachgebietsleiterstelle bei 660110 übertragen werden, um die Ressourcen zu schaffen, um o.g. neue Aufgaben bei 6601 zu bewältigen. Da in der Personalwirtschaft auch beamtenrechtliche Fragen und Anträge zu bearbeiten sind, handelt es sich auch um eine hoheitliche Tätigkeit die die Schaffung einer Beamtenstelle rechtfertigt.

## **II. Demografische Entwicklung**

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen*

/

## **III. Umsetzung Barrierefreiheit**

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

/



#### **IV. Ergänzende Erläuterungen**

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Gemäß dem Schreiben vom 06.09.2017 sind hinsichtlich des quantitativen und qualitativen Personalbedarfs dem Personal- und Organisationsamt die nachfolgenden Unterlagen mit dieser Sitzungsvorlagen einzureichen. Hierzu gibt V/66 folgende Stellungnahme ab:

- **Stellenbeschreibungen (zwecks Stellenbewertung und zur Prüfung der Abgrenzung zu anderen Aufgabenbereichen)**

Die Stellenbeschreibungen für die beantragten drei Stellenzusetzungen sind als Anlage beigelegt.

Da das zweite Techniker-VZÄ auf vier Teilzeitstellen aufgeteilt werden soll, sind die Stellenbeschreibungen der vier o. g. Stellen dem Personal- und Organisationsamt bereits bekannt. Diese Stellenbeschreibungen ändern sich auf Grundlage der Stundenerhöhung nicht.

- **Aufgabenentwicklung, z. B. Zeitreihen zu Fallzahlen und Arbeitsmengen, Personalbestand (Zeitreihe analog Aufgabenentwicklung/Basis: LOGA), interkommunale Vergleiche/Kennzahlen**

Da es sich um neue Aufgaben handelt, die bislang nicht im Organisationsplan von V/66 abgebildet waren, handelt es sich nicht um eine Mehrmenge.

Die Personalbedarfsberechnung der neuen Aufgaben, kann der Tabelle 1 unter Punkt I. dieser Sitzungsvorlage entnommen werden.

Da die Landeshauptstadt Wiesbaden die erste deutsche Großstadt ist, die mit ihrem Luftreinhalteplan gerichtlich ein Dieselfahrverbot abwehren konnte, gibt es keinerlei interkommunale Vergleiche oder Kennzahlen für die o. g. neuen Aufgaben.

Im Amt 66 und im Dezernat V stehen keine Stellen zur Verfügung, bzw. sind verfügbare Stellen bereits für andere Bedarfe reserviert, so dass eine Stellenschaffung von 4 Stellen erforderlich ist.

- **Auswirkungen auf Arbeitsplatzbedarf/-gestaltung**

Es handelt sich um die Schaffung von drei neuen Arbeitsplätzen, die Sachkosten können der Seite 2 dieser Sitzungsvorlage entnommen werden. Für diese drei neuen Arbeitsplätze werden Büroräume am Standort Gustav-Stresemann-Ring 15 gesucht. Der Raumbedarf wird mit 110320 gemeldet.

#### **V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

/

Wiesbaden, 08. Juli 2019

Andreas Kowol  
Stadtrat